

Profit vor Sicherheit

BUND-Studie zeigt Störanfälligkeit deutscher AKW

Von Juliane Dickel



Atombruchbude, die besser abgeschaltet werden sollte: AKW Brokdorf in Schleswig-Holstein
Foto: Bodo Marks/dpa

Seit dem Ausstiegsbeschluss ist es still geworden um die sieben noch laufenden deutschen Atomkraftwerke. Dennoch ist ein größerer Störfall oder Super-GAU in der BRD jederzeit möglich. Das geht aus der Studie »Atomstrom 2018« hervor, die der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) am Dienstag in Berlin vorgestellt hat. Seit 2011 untersucht die Physikerin Oda Becker für den BUND das Gefahrenpotential deutscher AKW. Mit Blick auf die aktuelle Situation sprach sie von besorgniserregenden Vorfällen, die im Gesamtbild nahelegten, die Reaktoren sofort stillzulegen. So seien die Anlagen nicht ausreichend gegen externe Einwirkungen wie Erdbeben oder Hochwasser gerüstet. Zudem hätten die Behörden entschieden, das Bedrohungsszenario eines Flugzeugabsturzes nicht weiterzuverfolgen - obwohl eine Studie schon 2002 bestätigte, dass es dabei zu einer Kernschmelze kommen könnte. Auf erforderliche sicherheitstechnische Nachrüstungen werde wegen der kurzen Restlaufzeiten verzichtet. »In keinem der noch laufenden Atomkraftwerke wird es in den nächsten fünf Jahren noch eine periodische Sicherheitsüberprüfung geben, das halte ich für unverantwortlich«, kritisierte die Physikerin. Viele Schäden würden heute schon nur noch zufällig gefunden.

Die Gutachterin berichtete exemplarisch von falschen Dichtungen und von Bolzen, die aufgrund der Gebäudealterung überraschend aus den Wänden fielen. Im AKW Brokdorf habe man verformte Brennelemente im Reaktorkern mit Stäben stabilisiert, wodurch Federn gebrochen seien. Diese vagabundierten nun durch den Brennelementekreislauf und könnten Schäden verursachen. Obwohl die Gründe ungeklärt sind, ist das AKW weiter in Betrieb. Tatsächlich gibt es dieses Jahr eine konkrete Befassungspflicht der Bundesregierung. Das Bundesverfassungsgericht urteilte Ende 2016, dass der Atomausstieg zwar zulässig sei, beauftragte den Gesetzgeber aber bis zum 30. Juni 2018 mit Nachbesserungen des Atomgesetzes, da die AKW-Betreiber die ihnen zugebilligten Strommengen aufgrund des

gesetzlichen Ausstiegsbeschlusses nicht hätten produzieren können. So könnten ihnen finanzielle Entschädigungen zugebilligt werden, der Verkauf ihrer Reststrommengen oder eine Laufzeitverlängerung. Da aufgrund der Alterung der AKW das Risiko für die Bevölkerung steige, forderte der BUND im Rahmen der Umsetzung des Gerichtsurteils die Entschädigung mit einer gleichzeitigen Annullierung der Reststrommengen zu verbinden, um rascher als bisher geplant auszusteigen. So könnten zehn Jahre AKW-Betrieb mit 300 Tonnen hochradioaktivem Atommüll verhindert werden. Selbst wenn dabei für den entgangenen Gewinn entschädigt würde, falle der entsprechende Betrag wohl dennoch sehr gering aus. Außerdem, so der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger am Dienstag bei der Präsentation der Studie, behinderten die unflexiblen AKW die Energiewende, verstopften die Netze und bremsten so den Ausbau der erneuerbaren Energien.

Im Zuge der anstehenden Novellierung forderte der BUND zudem die Abschaltung der Urananreicherungsanlage Gronau und der Brennelementefabrik Lingen, die aktuell noch vom Atomausstieg ausgenommen sind.

Trotz des Gerichtsentscheids gibt es bislang keine Neuregelung und das Thema wird auch im Koalitionsvertrag nicht aufgegriffen. Zwar werde nach Einschätzung des BUND eine Laufzeitverlängerung nicht aktiv verfolgt. Dass es noch keine gesetzliche Regelung gibt, mache aber misstrauisch. Tatsächlich sieht Weiger eine Verlängerung der Laufzeiten über 2022 hinaus als reale Gefahr, zumal die AfD als größte Oppositionspartei im Bundestag aktiv für Atomenergie eintritt. Weiger kündigte an, die Frist bis zum Ausstieg zu nutzen, um die notwendige Diskussion über die Gesetzesänderung voranzutreiben. »Ohne den öffentlichen Druck läuft gar nichts.« Das Verhalten der Zuständigen zeige: »Für die Politik ist das wirtschaftliche Interesse der Betreiber wichtiger als die Sicherheit der Bevölkerung.«



Anti AKW Gruppe Dithmarschen